

20.11.2023

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 18/5000 und 18/6500 (Ergänzung)

2. Lesung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)

Einzelplan 11 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Berichterstatlerin

Abgeordnete Carolin Kirsch

Beschlussempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 11 wird unverändert angenommen.

Datum des Originals: 16.11.2023/Ausgegeben: 21.11.2023

Bericht

A Beratungsergebnisse der Fachausschüsse

Der Entwurf des Einzelplans 11 wurde vom Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales beraten. Zu den Beratungen lag mit der Vorlage 18/1422 der Erläuterungsband zum Einzelplan 11 vor. Zu den Beratungen des Einzelplans 11 lagen im Fachausschuss zusätzlich die Vorlagen 18/1628 und 18/1714 vor.

Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat in seinen Sitzungen am 13. September 2023 und 18. Oktober 2023 beraten und am 8. November 2023 abschließend beraten. Das Ergebnis seiner Beratungen wurde dem Haushalts- und Finanzausschuss mit Vorlage 18/1921 mitgeteilt. Es wurden elf Änderungsanträge der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP zur Abstimmung gestellt. Der Einzelplan 11 wurde dort mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD unverändert angenommen.

B Ergebnisse des Berichterstattegesprächs

Ein Berichterstattegespräch war entbehrlich. Der Vollständigkeit halber wird auf das Ausschussprotokoll der Haushaltsklausur des HFA APr. 18/355 verwiesen.

C Votum des Unterausschusses Personal

Der Unterausschuss Personal hat sein Votum zum Personaletat in seiner Sitzung am 14. November 2023 abgegeben. Personalrelevante Änderungsanträge zu Einzelplan 14 wurden dort nicht zur Abstimmung gestellt. Der Bericht über das Ergebnis der Beratungen findet sich in der Vorlage 18/1929.

Der Personaletat zum Einzelplan 11 wurde im Unterausschuss Personal mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD unverändert angenommen.

D Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss

Das Ergebnis der Beratungen einzelplanübergreifender Anträge ist dem Bericht zum Einzelplan 20 - Drucksache 18/6820 - zu entnehmen. Das Ergebnis der Beratungen zum Haushaltsgesetz (Text) ergibt sich aus der Drucksache 18/6800.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat sich am 16. November 2023 abschließend mit dem Entwurf des Einzelplans 11 befasst. Es lagen dort Änderungsanträge der Fraktion der SPD und der Fraktion der AfD vor. Das jeweilige Abstimmungsverhalten und -ergebnis ergeben sich aus dem Anhang.

E Abstimmung

In der abschließenden Abstimmung zur 2. Lesung wurde der Entwurf des Einzelplans 11 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD **unverändert angenommen.**

Carolin Kirsch
Vorsitzende

Anhang

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	SPD	<p>Kapitel 11 010 Ministerium Titel 526 01 Sachverständige</p> <p>Senkung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2024</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von 318.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">318.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 95.400 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 222.600 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Angesicht der Kürzungsvorschläge der Regierung in vielen Bereichen, sollte die Landesregierung selbst vorbildhaft sein und die Mittel für Öffentlichkeitsarbeit und Gutachten sowie Repräsentationsverpflichtungen pauschal um 30% kürzen.</p> <p>Dies wird mit diesem Antrag umgesetzt.</p>	HH 2024	Ansatz lt. HH 2023	von 318.000 Euro	318.000 Euro	um 95.400 Euro		auf 222.600 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	AfD	ja
HH 2024	Ansatz lt. HH 2023																				
von 318.000 Euro	318.000 Euro																				
um 95.400 Euro																					
auf 222.600 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	<p style="text-align: center;">SPD</p>	<p>Kapitel 11 010 Ministerium Titel 531 10 Öffentlichkeitsarbeit</p> <p>Senkung des Baransatzes</p> <p>HH 2024 Ansatz lt. HH 2023 von 242.900 Euro 242.900 Euro um 72.870 Euro auf 170.030 Euro</p> <p>Begründung: Angesicht der Kürzungsvorschläge der Regierung in vielen Bereichen, sollte die Landesregierung selbst vorbildhaft sein und die Mittel für Öffentlichkeitsarbeit und Gutachten sowie Repräsentationsverpflichtungen pauschal um 30% kürzen.</p> <p>Dies wird mit diesem Antrag umgesetzt.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD ja</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2024**

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 11 029 Arbeit, Berufsbildung, Berufsanerkennung und Fachkräfteoffensive Titelgruppe 75 Förderung der Berufseinstiegsbegleitung Titel 686 75 Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2024</p> <p>von 16.300.000 Euro um 12.900.000 Euro auf 29.200.000 Euro</p> <p><u>Begründung:</u></p>	<p>Votum AGS: Abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja Grüne nein FDP nein AfD nein</p> <p>Ansatz lt. HH 2023 29.200.000 Euro</p> <p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja Grüne nein FDP nein AfD nein</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2024**

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 11 029 Arbeit, Berufsbildung, Berufsanerkennung und Fachkräfteoffensive Titelgruppe 80 Berufsorientierung – Kein Abschluss ohne Anschluss (KAoA) Titel 686 80 Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2024 Ansatz lt. HH 2023</p> <p>von 14.000.000 Euro 14.000.000 Euro um 2.000.000 Euro auf 16.000.000 Euro</p> <p><u>Begründung:</u> KAoA ist ein wichtiges Instrument zur Berufsorientierung und hilft seit Jahren vielen jungen Menschen den Weg in den Beruf zu finden. Angesichts vom Fachkräftemangel ist das Instrument noch wichtiger geworden. Um die Arbeit von KAoA weiter zu gewährleisten und damit jungen Menschen beim Start ins Berufsleben zu helfen, ist dringend eine Erhöhung der Mittel nötig.</p>	<p>Votum AGS: Abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja Grüne nein FDP Enth. AfD nein</p> <p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja Grüne nein FDP Enth. AfD nein</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2024**

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis																				
	SPD	<p>Kapitel 11 042 Sozialpolitische Maßnahmen, Bekämpfung von Armut und Wohnungslosigkeit</p> <p>Einrichtung eines Titels 686 30: Strategie gegen Einsamkeit in Nordrhein-Westfalen</p> <p><u>Begründung:</u> Einsamkeit betrifft in Nordrhein-Westfalen viele Menschen unterschiedlicher Altersgruppen. Die Auswirkungen von Einsamkeit auf die Gesundheit, die soziale Teilhabe und das gesamte Leben des Einzelnen sind gravierend. Auch die Auswirkungen auf die Gesamtgesellschaft und die Demokratie sind weitreichend. Eine Strategie gegen Einsamkeit ist dringend geboten.</p>	<p>Votum AGS: Abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td style="width: 70%;">CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>ja</td></tr> <tr><td>Grüne</td><td>nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>ja</td></tr> <tr><td>AfD</td><td>ja</td></tr> </table> <p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td style="width: 70%;">CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>ja</td></tr> <tr><td>Grüne</td><td>nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>ja</td></tr> <tr><td>AfD</td><td>ja</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	Grüne	nein	FDP	ja	AfD	ja	CDU	nein	SPD	ja	Grüne	nein	FDP	ja	AfD	ja
CDU	nein																						
SPD	ja																						
Grüne	nein																						
FDP	ja																						
AfD	ja																						
CDU	nein																						
SPD	ja																						
Grüne	nein																						
FDP	ja																						
AfD	ja																						

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2024**

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis																				
	SPD	<p>Kapitel 11 050 Inklusion Titelgruppe 86 Förderung von Maßnahmen zur beruflichen Inklusion von Menschen mit Behinderungen Titel 893 86 Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2024 Ansatz lt. HH 2023</p> <p>von 3.651.000 Euro 7.651.000 Euro um 4.000.000 Euro auf 7.651.000 Euro</p> <p>Begründung: Im Rahmen der Teilhabe am sozialen und beruflichen Leben sowie angesichts des Fachkräftemangels kommt der beruflichen Inklusion von Menschen mit Behinderung eine zentrale Rolle zu. Die Mittel für die berufliche Inklusion von Menschen mit Behinderung müssen daher im bisherigen Umfang zur Verfügung stehen.</p>	<p>Votum AGS: Abgelehnt</p> <table border="0"> <tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>ja</td></tr> <tr><td>Grüne</td><td>nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>ja</td></tr> <tr><td>AfD</td><td>Enth.</td></tr> </table> <p>abgelehnt</p> <table border="0"> <tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>ja</td></tr> <tr><td>Grüne</td><td>nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>ja</td></tr> <tr><td>AfD</td><td>Enth.</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	Grüne	nein	FDP	ja	AfD	Enth.	CDU	nein	SPD	ja	Grüne	nein	FDP	ja	AfD	Enth.
CDU	nein																						
SPD	ja																						
Grüne	nein																						
FDP	ja																						
AfD	Enth.																						
CDU	nein																						
SPD	ja																						
Grüne	nein																						
FDP	ja																						
AfD	Enth.																						

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 11 070 Krankenhausförderung</p> <p>Titel 895 60 Zuweisungen für Investitionen an Kinderkliniken, Kinder- und Jugendpsychiatrien und Geburtskliniken (Sonderinvestitionsprogramm)</p> <p><i>(Neuer Titel)</i></p> <p>Anhebung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2024</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von - Euro</td> <td style="text-align: right;">-</td> </tr> <tr> <td>um 100.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 100.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die weiterhin vorherrschende kritische Situation auf den Kinderkliniken offenbart die jahrelange Unterfinanzierung der Kindermedizin, welche unter den Vorgaben der Fallpauschale ein ökonomisches Verlustgeschäft ist und pädiatrische Versorgungskapazitäten über Jahre abgebaut wurden. Um die gesundheitliche Versorgung zumindest stabil zu erhalten, bedarf es dringender Investitionen in die Zukunft dieses Landes, die Gesundheit unserer Kinder.</p>	HH 2024	Ansatz lt. HH 2023	von - Euro	-	um 100.000.000 Euro		auf 100.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
HH 2024	Ansatz lt. HH 2023																				
von - Euro	-																				
um 100.000.000 Euro																					
auf 100.000.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2024**

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis																				
	SPD	<p>Kapitel 11 080 Maßnahmen für das Gesundheitswesen Titel 683 25 Zuschuss an das Zentrum für Telematik und Telemedizin, ZTG GmbH</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2024 Ansatz lt. HH 2023</p> <p>von 1.051.800 Euro 1.351.800 Euro um 300.000 Euro auf 1.351.800 Euro</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Das Zentrum für Telematik und Telemedizin spielt eine entscheidende Rolle bei der Weiterentwicklung der Digitalisierung des Gesundheitswesens. Telematik und Telemedizin sind maßgeblich für digitale Vernetzung, multiprofessionelle Netzwerke und eine verbesserte Erreichbarkeit für Patientinnen und Patienten. Für dem Hintergrund der wachsenden Herausforderung für das Gesundheitssystem in den kommenden Jahren, muss das Zentrum für Telematik und Telemedizin seine Arbeit unverändert fortführen können. Mittelkürzungen sind deshalb abzulehnen.</p>	<p>Votum AGS: Abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td style="width: 60%;">CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>ja</td></tr> <tr><td>Grüne</td><td>nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>ja</td></tr> <tr><td>AfD</td><td>nein</td></tr> </table> <p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td style="width: 60%;">CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>ja</td></tr> <tr><td>Grüne</td><td>nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>ja</td></tr> <tr><td>AfD</td><td>nein</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	Grüne	nein	FDP	ja	AfD	nein	CDU	nein	SPD	ja	Grüne	nein	FDP	ja	AfD	nein
CDU	nein																						
SPD	ja																						
Grüne	nein																						
FDP	ja																						
AfD	nein																						
CDU	nein																						
SPD	ja																						
Grüne	nein																						
FDP	ja																						
AfD	nein																						

**Änderungsantrag zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 11 080 Maßnahmen für das Gesundheitswesen Titelgruppe 64 Zielgruppenspezifische HIV-Prävention, Beratung, Betreuung und Pflege Titel 686 64 Zielgruppenspezifische HIV-Prävention, Beratung, Betreuung und Pflege</p> <p>Erhöhung des Baransatzes 2024 Ansatz lt. HH 2023</p> <p>von 1.332.000 Euro 2.432.000 Euro um 1.850.000 Euro auf 3.182.000 Euro</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Die Aidshilfen und Beratungs- und Aufklärungsangebote wie Youthwork NRW und WIE AUCH IMMER übernehmen in ganz Nordrhein-Westfalen eine entscheidende Rolle bei der zielgruppenspezifischen HIV- und Aidsprävention. Damit die Neuinfektionen mit HIV und die Anzahl an Spät Diagnosen nicht weiter steigen, müssen diese Angebote in Nordrhein-Westfalen ihre Arbeit vollumfänglich fortführen können. Seit Jahren sind diese Angebote unterfinanziert. Kostensteigerungen durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine verschärfen die Situation. Eine solide finanzielle Basis für die Strukturen sowie deren bedarfsgerechten Weiterentwicklung wird jetzt benötigt.</p>	<p>Votum AGS: Abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD nein</p> <p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja Grüne nein FDP ja AfD nein</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2024**

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis																				
	SPD	<p>Kapitel 11 080 Maßnahmen für das Gesundheitswesen Titelgruppe 71 Maßnahmen zur Eindämmung von Suchterkrankungen und ihren Folgen Titel 684 71 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2024 Ansatz lt. HH 2023</p> <p>von 5.443.900 Euro 6.943.900 Euro um 1.500.000 Euro auf 6.943.900 Euro</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Präventionsarbeit bei Suchterkrankungen ist ein zentrales Element der Bekämpfung von Suchterkrankungen und ihren Folgen. Übermäßiger Alkohol-, Tabak-, Drogen-, oder Glücksspielkonsum führt bei vielen Menschen zu schwerwiegenden Gesundheitsfolgen. Gerade deshalb muss in NRW die Präventionsarbeit vollumfänglich fortgeführt werden.</p>	<p>Votum AGS: Abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td style="width: 70%;">CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>Grüne</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AfD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> </table> <p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td style="width: 70%;">CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>Grüne</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AfD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	Grüne	nein	FDP	ja	AfD	ja	CDU	nein	SPD	ja	Grüne	nein	FDP	ja	AfD	ja
CDU	nein																						
SPD	ja																						
Grüne	nein																						
FDP	ja																						
AfD	ja																						
CDU	nein																						
SPD	ja																						
Grüne	nein																						
FDP	ja																						
AfD	ja																						